Bayerischer Journalisten-Verband

08.12.2020

Offener Brief an den Intendanten des Bayerischen Rundfunks

Sehr geehrter Herr Wilhelm,

der BJV ist angesichts der Entwicklungen in Sachsen-Anhalt vermutlich genauso sprachlos und geschockt wie viele Kolleginnen und Kollegen im Bayerischen Rundfunk. Seit Wochen wird in Sachsen-Anhalt über den Staatsvertrag zur Anhebung des Rundfunkbeitrags gestritten. Und nun gibt es eine höchst überraschende Entscheidung. Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) stoppt die Beitragserhöhung, indem er die Vorlage aus der Regierung zurückzieht und damit eine Abstimmung im Magdeburger Landtag verhindert. Das ist aus unserer Sicht ungeheuerlich und sicher nicht schweigend hinzunehmen.

Wir möchten Sie ermuntern, dass der Bayerische Rundfunk sich dieser politischen Willkür nicht beugt und den Klageweg beschreitet. Es geht um den Erhalt der Programmvielfalt im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, es geht um die vielen Beschäftigungsmöglichkeiten von Journalistinnen und Journalisten, die nicht weiter eingeschränkt werden dürfen. Es kann nicht sein, dass man mit der fehlenden Zustimmung aus Sachsen-Anhalt politische Ränkespiele vollzieht, die Schaden der öffentlichen Rundfunkanstalten mit sich ziehen.

Sehr geehrter Herr Wilhelm,
der Klageweg ist aus unserer Sicht unabdingbar, zumal eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gute Aussichten auf Erfolg hat. Die Erhöhung wurde von unabhängiger Stelle empfohlen, der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF), das sollte Mut geben, diesen Weg zu gehen.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Busch (Landesvorsitzender BJV)
Dennis Amour (Geschäftsführer BJV)
Andrea Roth (stellv. Landesvorsitzende BJV)
Harald Stocker (Rundfunkrat BR)
Dr. Wolfgang Stöckel (Verwaltungsrat BR).